Landeshauptstadt Magdeburg

Stellungnahme der Verwaltung

öffentlich

Stadtamt	Stellungnahme-Nr.	Datum
FB 40	S0176/12	09.07.2012
zum/zur		
F0088/12 Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Olaf Meister		
Bezeichnung		
Elternwahlrecht		
Verteiler		Tag
Der Oberbürgermeister		17.07.2012

Mit Beginn des letzten Schuljahres 2011/2012 wurde das Elternwahlrecht wieder eingeführt und das Schulgesetz des Landes Sachsen-Anhalt daraufhin entsprechend geändert.

Bisher beeinflussten die 2005 eingeführten Eignungsfeststellungen für Kinder, die gemäß Elternwunsch entgegen anderslautenden Empfehlungen ein Gymnasium besuchen wollten und die Verbindlichkeit der Schullaufbahneempfehlungen, die Wahl der Schule.

Jetzt können die Eltern entscheiden, welche Schule ihr Kind nach der Grundschule besucht.

Eltern erhalten zwar weiterhin eine Empfehlung für die Schullaufbahn ihres Kindes, diese ist aber nicht mehr bindend. Damit werden die Entscheidungsrechte, aber auch die Verantwortung der Eltern gestärkt.

Wir fragen daher an:

1. Wie ist die Stadt Magdeburg auf die freie Schulwahl der Eltern bzw. Erziehungsberechtigten zwischen den Schulformen und Bildungsgängen gemäß § 34 Schulgesetz LSA vorbereitet und welche konkreten Schritte hat die Stadt nach Wiedereinführung des Elternwahlrechts unternommen, um diesem Anspruch der Eltern uneingeschränkt nachzukommen?
2. Wie publiziert und kommuniziert die Stadt diesen Anspruch in der Öffentlichkeit?
3. Wie bewertet die Stadt in diesem Zusammenhang die hohe Zahl aller gymnasialen Anmeldungen bzw. die für die Gesamtschulen und welche konkreten Schlussfolgerungen zieht sie daraus?

Beantwortung Anfrage:

Die Information und Beratung der Personensorgeberechtigten der SchülerInnen des 4. Schuljahrganges hinsichtlich des Übergangs in eine weiterführende Schulform erfolgt durch die zuständigen Grundschulen.

Durch die Grundschulen wurden u. a. Schulleitungen weiterführender Schulen zu den thematischen Elternversammlungen eingeladen.

Die Eltern erhalten die Schullaufbahneempfehlung, die sich auf die Empfehlung der jeweiligen Klassenkonferenz begründet. Diese Empfehlung ergänzt die Information bzw. Beratung und dient der Entscheidungsfindung der Personensorgeberechtigten.

Erstmals mit dem Übergang zum Schuljahr 2012/13 ist sie **nicht bindend**.

Zwischen der Veröffentlichung des oben benannten Erlasses und der Umsetzung (Ausgabe der Empfehlung zu den Halbjahreszeugnissen/ Rückgabe der Erklärung durch die Eltern nach den Halbjahreszeugnissen) liegt eine Zeitschiene von ca. 6 Wochen. In dieser Phase kommt es zu keinen Entscheidungen, auf die der Schulträger bereits im Vorfeld vorbereitet sein kann, zumal die Auswirkungen der Veränderung (Unverbindlichkeit) völlig offen sind.

Mit dem Wegfall der Verbindlichkeit der Empfehlung sind auch die bisherigen Eignungsfeststellungen entfallen. Die Aufnahme durch die weiterführende Schule erfolgt somit ohne Kenntnis, ob der Schüler die Leistungsvoraussetzungen, beispielsweise für das Gymnasium, erfüllt (Ausnahme bilden weiterhin die Schulen mit inhaltlichem Schwerpunkt). Das stellt die Schulen und insbesondere den Schulträger vor eine bisher nicht vergleichbare Situation im Aufnahmeverfahren, da auf keine geeigneten Datensätze zurückgegriffen werden kann.

Eine Erfassung bzw. Abfrage, wie viel SchülerInnen eine Empfehlung für das Gymnasium oder die Sekundarschule erhalten haben, erfolgt seitens des Landesschulamtes und des Kultusministeriums nicht und steht nicht zur Verfügung.

Insofern ist lediglich die Ausgangsmenge, Anzahl der SchülerInnen in der Klassenstufe 4, bekannt.

Im Vergleich mit dem vorangegangenen Schuljahr kann fast von einer gleichen Schülerzahl ausgegangen werden. Befanden sich lt. Schuljahresanfangsstatistik 2010/11 1.402 SchülerInnen in der Klassenstufe 4, wurden 2011/12 1.435 SchülerInnen statistisch erfasst (jeweils mit freien Trägern). Offen und damit nicht planbar sind die Entscheidungen der Eltern. Die Möglichkeit der Mehrfachbewerbung (freier Träger, Gymnasium mit Aufnahmeverfahren, kommunales Gymnasium) besteht weiterhin und wird von den Eltern genutzt, sodass in einem relativ langen Zeitfenster keine belastbaren Aussagen zum Schülerverhalten vorhanden sind. Wartelisten, Nachrückverfahren, Härtefallanträge -entscheidungen, sind einige Aspekte, die die Situation in der LH Magdeburg nicht vereinfachen.

Mit den Schulleitern der 3 kommunalen Gymnasien fand im Vorfeld ein Gespräch am 10.05.2012 statt. In der ersten Einschätzung wurde von den Schulleitern die Bildung / das Aufwachsen eines neuen, 4. kommunalen, Gymnasiums favorisiert.

Unter Abwägung der schulorganisatorischen und fachlichen Probleme ist für das Schuljahr 2012/13 von der Eröffnung einer Außen- bzw. Nebenstelle abzusehen. Diese Auffassung vertritt auch das für Gymnasien und Gesamtschulen zuständige Referat im Landesschulamt. Mit der Referentin fand am 15.05.2012 das Gespräch statt.

Im Ergebnis des Aufnahmeverfahrens am Hegel-Gymnasium erhielten 90 SchülerInnen ein Negativlos und der Zweitwunsch wurde berücksichtigt. In 33 Fällen ohne Zweitwunsch wurden die Eltern gebeten, sich für einen Platz am Scholl- bzw. Einstein-Gymnasium zu entscheiden. Aller Voraussicht nach werden am Scholl- und Einsteingymnasium je eine fünfte Klasse zusätzlich gebildet. Dort gibt es noch freie Plätze.

Aus den Losverfahren an den beiden IGS waren 130 Negativlose zu verzeichnen, darunter ca. 20 Härtefälle. Im Ergebnis der Nichtversorgung wurde den ca. 110 Schülern eine Sekundarschule im Schulbezirk zugeordnet bzw. angeboten. Bisher wurden per 09.07.2012 fünf Klagen eingereicht.

Bis zum Schuljahresende sind allerdings weiterhin Veränderungen möglich.